

Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren,

für uns als FDP-Fraktion ist der Haushalt 2019 der zehnte seit unserer Neugründung nach der Kommunalwahl 2009. Ich nehme vorweg: Wir werden ihn auch dieses Mal mittragen. Wir sind uns unserer Verantwortung, gerade angesichts der knappen Mehrheitsverhältnisse, zumindest in einigen der letzten Jahre, sehr bewusst. Allerdings ist uns die Zustimmung selten so schwer gefallen wie in diesem Jahr. Das liegt nicht an einzelnen Produkten, schon gar nicht liegt es an der „handwerklichen“ Ausarbeitung, im Gegenteil. Herr Demoliner und sein Team haben wieder bewährte, gute Arbeit abgeliefert. Vielen Dank dafür, auch für die Erläuterungen in unserem Haushaltsgespräch an Frau Weike und ihn.

Die Beurteilung des Haushaltsentwurfs der Verwaltung - und an ihrer Spitze der Bürgermeisterin - ist in erster Linie die *politische* Beurteilung der Schwerpunktsetzung, die vorgenommen wird - und zwar des ‚Was‘ genauso wie des ‚Wie‘. Es ist bekannt, dass die Ressourcen der Verwaltung, kommunalpolitische Projekte jenseits des Alltagsgeschäfts umzusetzen, begrenzt sind. Das ist überall so und orientiert sich ja auch an gewissen Standards. Im Sinne der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler ist das ja auch ganz gut so. Jede und jeder Einzelne wird leider - wenn auch in geringem Maße - ohnehin durch die höheren Hebesätze etwas stärker belastet werden. Das ist ärgerlich, aber ohne verantwortbare Alternative, zumindest, was die Entscheidung hier vor Ort angeht.

Eines ist doch klar: Je kleiner eine Kommune ist - und je kleiner entsprechend nicht nur eine Verwaltung, sondern eben auch ein Haushaltsvolumen ist - desto akzentuierter ist unweigerlich alles, was man tut, weil es eben anderes, auch Wünschenswertes, ausschließt.

Von der anderen Seite her betrachtet, kann es natürlich aber auch sein, dass man zu dem Ergebnis kommt, dass es so wichtig ist, bestimmte Ziele zu erreichen, die man bisher nicht oder nicht schnell genug erreichen konnte, dass man sich darum kümmern muss, die Mittel, die man einsetzen will - also letzten Endes Geld - zu erhöhen. Das gilt vor allem dann, wenn wir über Geld reden, das absehbar wieder zurückfließt, etwa weil wir Neubürger haben, die Steuern zahlen.

Vor genau diesem Hintergrund haben wir bereits 2011 die Einführung der sogenannten Schwerpunktthemen beantragt, der Sie bzw. Ihre Vorgängerinnen und Vorgänger ja auch mehrheitlich gefolgt sind.

Unsere Absicht damals war, damit sicherzustellen, dass die Brot-und-Butter-Themen, die wir für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt für entscheidend halten, auch im Verwaltungshandeln klare Priorität erhalten. Das hat einige Jahre auch recht gut geklappt. Der Bearbeitungsstand der konkreten Projekte von damals ist heute aber höchst unterschiedlich. Vieles ist geschafft bzw. auf den Weg gebracht worden. Ob das Tempo dabei in jedem Fall angemessen war und woran das jeweils liegt, wenn nicht, ist nicht immer ganz eindeutig. Mich ärgert aber eines: Wenn dieser Umstand so kommuniziert wird, als würde es wie eine Naturgewalt, an der wir gar nichts ändern können, über uns kommen, dass wir beispielsweise im nächsten Jahr Ermächtigungsübertragungen für Investitionen in Höhe von 7,8 Millionen Euro haben, ohne das Wohnbaugelände Overbeck noch immerhin ungefähr 3 Millionen. Ich habe darauf an dieser Stelle schon im letzten Jahr hingewiesen, die Zahl hat sich jetzt nochmal mehr als verdoppelt. Das ist einfach nicht wegzudiskutieren. Ich erwarte weiterhin, dass Maßnahmen - welcher Art auch immer - ergriffen werden, die das abstellen oder zumindest bekämpfen und sich am Ergebnis messen lassen. Dass sich die Politik ständig neue Projekte ausdenken würde, die sich aufstauen - das wäre ja eine Erklärung - erkenne ich nicht. Wir Ratsmitglieder können hier politische Beschlüsse fassen, selbst umsetzen können wir sie nicht. Wenn wir alle gemeinsam mehr die Perspektive „Was müssen wir tun, damit wir es schaffen?“ und weniger „Warum schaffen wir es nicht?“ einnehmen würden - es wäre viel gewonnen. Ich verweise auf unsere diesbezüglichen Anträge, z.B. zum Thema Personal, aus der Vergangenheit.

Werther hat im Prinzip beste Bedingungen, Werther ist attraktiv. Für potenzielle Einwohner wie für Gewerbetreibende. Wir dürfen aber nicht heute Dinge versäumen, die uns mittel- und langfristige Nachteile bringen, etwa gegenüber Nachbarkommunen. Das darf hier keine geschlossene Gesellschaft werden, denn dann laufen wir tatsächlich Gefahr, dass sich irgendwann bewahrheiten könnte, was aus einer bestimmten Richtung in die Debatte eingebracht wird, dass die Bevölkerung schrumpfen würde und überaltern und es Leerstand gäbe usw.

Die Aufgabe der Politik ist in diesem Zusammenhang, und da sehen wir im Besonderen auch unsere Rolle als FDP-Fraktion, dass wir den Fokus auf dem, was ich Brot-und-Butter-Themen nenne, behalten.

Jan-Holm Sussieck  
Fraktionsvorsitzender

Und, und jetzt kommt der lobende Teil, der vielleicht etwas kurz gerät, aber wichtig ist: die gute Absicht ist ja auch verwaltungsseitig deutlich erkennbar. Und zwar aus unserer Sicht besser als von Teilen dieser Runde. Verzichts- und Rückbauideologie, so eine Art „postmaterieller Satttheit“ manches Eigenheimbesitzers, der anderen dasselbe offenbar verwehren will, kommt da leider nicht nur aus der einen Fraktion, in der sie mehrheitsfähig ist. Das ist aber der demokratische Streit, den so fair wie engagiert zu führen, wir alle gewählt worden sind. Da ist die Verwaltungsspitze nicht infiziert und das ist aus meiner Sicht sehr gut so - siehe Baugebiet Weinhorst, siehe z.B. der jüngste Beitrag zum Regionalplan, das macht ja Hoffnung. Allein, die zeitnahe Umsetzung des als notwendig Erkannten ist - weiter und leider mehr denn je und leider nicht nur am Blotenberg - unser Manko und da sehe ich es als Pflicht der Politik an, den Finger in die Wunde zu legen, da müssen wir als Stadt Werther schlicht besser werden. Das ernsthaft einzusehen, wäre der erste Schritt.

Vielen Dank!

13.12.2018